

Abg. Seelbach stellte fest, dass in der Vorlage von einer Verdopplung der Fallzahlen gesprochen werde und erkundigte sich, ob bislang die Bearbeitung bei einer Person lag oder ob an anderer Stelle eine Effizienz erwirkt wurde. Weiterhin fragte er nach dem hier vorliegenden Gebührenüberschuss.

Die Kreisdirektorin teilte mit, dass derzeit neun Sachbearbeiter und eine Führungskraft in diesem Bereich eingesetzt seien, von denen in den Jahren 2011 bis 2013 zwischen 11.300 und 13.300 Verfahren pro Jahr bearbeitet wurden. Der Haushaltsansatz bei den Einnahmen lag bisher bei ca. 1,3 Mio. €. Für das kommende Jahr werde mit 25.000 Fällen kalkuliert. Von der Polizei wurde ein neues Verfahren eingesetzt, was die Eingaben im Verfahren entbehrlich mache. Insofern sei die Bearbeitungsweise effizienter gestaltet worden. Gerne wären zwei Stellen beantragt worden, aber auch hier solle erstmal mit einer Stelle gearbeitet werden, auch wenn die Gebühreneinnahmen mehr hergeben. Es ginge aber in erster Linie um die Verkehrssicherheit und nicht um die Höhe der Einnahmen.